



Vorbereitet sein! Vorbild sein!



BERND GESSMANN
Regierungsbranddirektor

Erfstadt

Als junger Erwachsener und überzeugtes wie engagiertes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr empfand ich es als wertschätzend, dass mir die Möglichkeit angeboten wurde, über die sehr erfüllende ehrenamtliche Tätigkeit bei meiner Heimatfeuerwehr vom verpflichtenden Wehrdienst für die Zwecke des »erweiterten Katastrophenschutzes« freigestellt zu werden. Ich war froh über meine »Freistellung« und habe mich weiterhin mit großem Engagement den Aufgaben in der Freiwilligen Feuerwehr gewidmet – und damals nur wenige Gedanken daran »verschwendet«, was der Begriff »erweiterter Katastrophenschutz« eigentlich bedeutet.

An dieser Stelle wurde ich mit der Realität wahrscheinlich weniger konfrontiert als meine Freunde, die den Wehrdienst in der Bundeswehr absolvierten. Später dann war ich im Rahmen meiner hauptberuflichen Tätigkeit häufiger als Teilnehmer interessanter Seminare an der damaligen AKNZ, der heutigen Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und zivile Verteidigung (BABZ), und dort schließlich auch als Gastdozent tätig. Trotzdem habe ich, rückwirkend betrachtet, damals nicht die vollständige Aufgabenstellung und die eigentliche Bedeutung der Aufgaben dieser Einrichtung, nämlich die des Zivilschutzes, erfasst.

Im Lichte von Glasnost und Perestroika in den späten 1980er- und den anschließenden 1990er-Jahren sowie der weiter wachsenden Stabilität in der Europäischen Union war von den zuvor herrschenden Bedrohungen nurmehr wenig zu spüren und so lagen die Aufgaben des Zivilschutzes nicht mehr offen auf der Hand. Statt politisch auf Drohszenarien zu setzen, wurde miteinander gesprochen und ohne Feindseligkeiten aufeinander zugegangen. Die Gefahren des vormals »kalten Krieges« und auch die Vorbereitungen zur entsprechenden Gefahrenabwehr waren schnell vergessen.

Wo stehen wir heute? In unserer europäischen Nachbarschaft toben schreckliche Kriege – High-Tech-Auseinandersetzungen, die viel Leid und Schmerz bei den Soldaten und in der Zivilbevölkerung mit sich bringen. Die zwischenstaatliche Kommunikation ist wieder zu einer ganz anderen, schärferen Tonlage zurückgekehrt. Und es drängt sich der Eindruck auf, dass sich die Sicherheitslage zunehmend durch die konfrontativen Entwicklungen um Deutschland herum verschärft.

Darauf wird politisch reagiert. Und mit dieser politischen Reaktion bei uns erfahren die Bundeswehr, die Vorsorgeplanung und auch der Zivil- und Katastrophenschutz nicht nur Erwähnung, sondern einen neuen, wichtigen Stellenwert – auch in der Gesellschaft.

Ein Blick in das aktuelle Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz des Bundes (ZSKG) führt dann in Paragraph 11 Absatz 1 zu einer gerne übersehenen Feststellung, nämlich die, dass die nach Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen auch für Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren und Schäden, die im Verteidigungsfall drohen, eingesetzt werden.

Es gilt nun also, sich bewusst zu machen und sich mit der Frage auseinandersetzen, was wir wann, wie und womit tun können, um zu helfen und damit auch diesem gesetzlichen Auftrag nachzukommen. Die Herausforderungen müssen angenommen werden und es ist Vorsorge zu treffen.

Letztlich zeigen die aktuellen Geschehnisse auch, dass es jederzeit von Vorteil ist, Vorbereitungen getroffen zu haben – institutionell, aber auch und vor allem jeder für sich. Bei allem, was wir innerhalb unserer Organisationen tun können, um zu schützen und zu helfen: Besser, schneller und flächendeckender wird es immer, wenn unsere institutionelle Tätigkeit auf eine gute und sinnvolle Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung aufbaut. Vielleicht können wir genau dort – und jeder für sich – bereits beginnen, ein Vorbild zu sein ...?